

Hamburg / Nord Dollern - Quickborn Powerline - "Neue Stromautobahn "

Die Erhöhung der Kapazität von 220.000 auf 380.000 Volt einer in zu geringem Abstand vom südlichen Teil Quickborns (Schulzentrum Süd , Quickborn, und Gehäuse Unterkunft) verlaufenden bestehenden Freileitung wurde zum ersten Mal unter dem Motto " neue Stromautobahn" im Jahr 2009 vorgestellt, dh lange bevor die Atomkatastrophe von Fukushima die deutsche Energiewende veranlasste. Es wurde dann behauptet, dass verstärkte Stromleitungen benötigt werden, um elektrische Energie aus künftigen Offshore- Windparks in der Nord-und Ostsee in Deutschland von Nord nach Süd zu übertragen, um die Energiebedürfnisse der Verbraucher auf nationaler Ebene zu decken. Die Tatsache, dass die vier Energieriesen in Deutschland, nämlich E.On , RWE, EnBW und Vattenfall Energie exportiert hatten und weiterhin Strom in andere europäische Länder exportieren, wurde nicht erwähnt.

Der Abstand zwischen der Freileitung in Quickborn, 1960 errichtet als 110.000 -Volt-Stromleitung, dem Schulzentrum Süd - und einem reinen Wohngebiet ist zu gering, verglichen mit Gesetzen und wissenschaftlich empfohlenen Standards. Die Erhöhung der Kapazität der alten Freileitung, also die Schaffung einer "Autobahn" auf einer alten Landstraßenroute , wurde "Ausbau auf bestehender Trasse" - In der Tat ist nicht ein Wiederaufbau oder Ausbau geplant, sondern die alte Freileitung, jeder alte 35m-Mast wird abgebaut und soll durch neue 70m - Masten ersetzt werden.

Wenn die neue Stromleitung erhöhter Kapazität in Betrieb geht, wird mit einer 4,5fachen niederfrequenten elektromagnetischen Strahlung gerechnet. Die alten deutschen Gesetze und Bestimmungen (erlassen 1996) erlauben eine elektromagnetische Strahlung von bis zu 100microtesla. Zum Vergleich: Schweden 0,2 mT / Niederlande 0,4 mT . Während für Deutschland und die Energiewende am "Grenzwert" von 100 mT festgehalten wird, wird in Quickborn befürchtet, dass unnötigerweise Gesundheitsrisiko durch die erhöhte Strahlung entstehen, da der wissenschaftlich erforschte Wert für mögliche gesundheitliche Reaktionen im menschlichen Körper bei 0,3mT festgestellt wurde. Nach dem Stand der Wissenschaft wird niederfrequente elektromagnetische Strahlung, wie sie von Stromfreileitungen emittiert wird, als Karzinogen der Kategorie 2B von der WHO bewertet und viele Studien zeigen einen engen kausalen Zusammenhang zwischen dieser Strahlung und einem erhöhten Leukämie-Risiko für Kinder.

Jedes Gesundheitsrisiko hätte in Quickborn vermieden werden können , wenn der politische Wille vorhanden bei den Entscheidungsträgern vorhanden wäre, als Alternativen zum sog. "Ausbau auf bestehender Trasse " Erdkabelkabel , Erdteilverkabelung oder eine von vielen weiter entfernt verlaufenden, möglichen Freileitungstrassen für den Trassenneubau zu prüfen und zu planen.

Glossar

PFV = Planfeststellungsverfahren (Rechtsverfahren für öffentliche Baumaßnahmen)

Netzausbau = Stärkung der Übertragungsnetze / Neubau von Netzleitungen

"Bürgerbeteiligung" = von Politikern benutztes Wort, um den Bürgern vorzuspiegeln bzw. zu „verkaufen“, dass sie bei der Realisierung der Pläne des Netzausbaus mit ihren Sorgen beteiligt werden. Eine Beteiligung der Bürger ist in den einschlägigen Gesetzen nicht vorgesehen.

PFB = Planfeststellungsbehörde (Entscheidung über Vor- und Nachteile des Bauplans des Antragstellers, die Verwaltung des PFV und die Entscheidung über den PFBeschl.

PFBeschl = Planfeststellungsbeschluss (offizielle Entscheidung der PFB nach PFV, Gewährung des beantragten Bauplans, mit PFBeschl. Kann der Antragsteller bauen)

Verlauf der Ereignisse (Quickborn-Freileitung als Teil des Netzausbaus und als Teilprojekt von Hamburg / Nord - Dollern und damit Teil der Energiewende

- Scoping 2007/2008 - keine Bürgerbeteiligung

- April 2009 – Veröffentlichungs- und Auslagezeitraum der Freileitungsneubauplanung - 4 Wochen, 80 Leitz-Ordner - Plan von den Bürgern in öffentlichen Ämtern einzusehen, zB Rathaus von Quickborn

- Umfang und Inhalt der Planungsordner (sehr technische Beschreibung) zu umfangreich, um von den Bürgern überhaupt verstanden zu werden, Veröffentlichungszeitraum zu kurz. Der Plan umfasst die technische Beschreibung der Planung als solches und auf Proforma-Basis eine UVP (Umweltverträglichkeitsstudie).

Die UVP umfasst vor allem Umweltaspekte wie Schutz Tiere und Pflanzen - wie der Titel sagt, ist es Zweck der UVP, die Auswirkungen der Kapazitätserhöhung der Freileitung bzw. der neuen Freileitung auf die Natur zu überprüfen, zB Vögel, Gräser, Pflanzen, Fledermäuse usw. Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit, das Schutzgut Mensch, wird in der UVP als Nebenaspekt behandelt, da der deutsche Grenzwert von 100microtesla für elektromagnetische Strahlung so hoch ist, dass er i.d.R. nicht erreicht wird. NB: Der deutsche Grenzwert von 100microtesla ist mit Abstand der höchsten in der EU. Nach Stand der internationalen Wissenschaft beginnen mögliche Gesundheitswirkungen bereits bei ca. 0.3microtesla.

- Mai bis Juli 2009 - Einspruchsfrist für die Bürger

Die Bürger haben 3 Monate Zeit, um ihre Erkenntnisse aus den ausgelegten Bauplänen (rund 80 Leitz-Ordner) in einer schriftlichen, formalen, rechtlich korrekten aufgemachten Einwendung zu formulieren und hierbei ihre individuelle Betroffenheit darzustellen. Alle Bürger, die sich des Verlaufs des Planfeststellungsverfahrens bis zu diesem Zeitpunkt nicht bewusst sind, nichts vom Scoping Termin, der Veröffentlichung und Auslage des Planantrags sowie der Einwendungsfrist erfahren haben, und somit ihre Einwendung in rechtlich korrekter Form nicht vor Ende Einwendungsfrist eingebracht haben, sind aus dem gesamten weiteren Prozess nach dem Ende der Widerspruchsfrist ausgeschlossen.

- Oktober 2009 bis Dezember 2010 - "Vorbereitungszeit" für den Antragsteller der Planung, um die Bürgerbedenken und -einwände zu „beantworten“. - Das deutsche Verwaltungsverfahrensgesetz gibt dem Antragsteller, in diesem Fall dem niederländischen Übertragungsbetreiber, TenneT, in der Regel eine Frist von drei Monaten nach Ende der Einwendungsfrist. TenneT wurde seitens der PFB ein Zeitraum von 14 Monaten gewährt. Die Qualität der TenneT-Antworten auf die Bürgerbedenken ist nicht mehr als eine zweifelhafte Proformaarbeit (siehe unten).

- November 2010 - Persönliche Anhörung der Eigentümer von Grundstücken, die für die vorgesehenen Baumaßnahmen erforderlich sind – Erste Priorität ist das Grundrecht auf Eigentum.

- November / Dezember 2010 - Anhörung von " TÖB -Träger Öffentlicher Belange " - Städte und Gemeinden, die von den Plänen betroffen sind, werden gehört, um ihre Anliegen zu erheben - **Zweite Priorität.**

- Januar 2011 - Sammelanhörung der Bürger (keine individuelle Anhörung der Einwender), nur diejenigen, die einen rechtsgültigen Widerspruch innerhalb Widerspruchsfrist eingereicht haben. Bürger, die erst jetzt über die Planung informiert sind, also alle Bürger, die ihre Einwendungen und individuellen Anliegen nicht innerhalb der Widerspruchsfrist eingereicht haben, sind völlig aus dem gesamten Prozess ausgeschlossen - Bürgerbelange einschließlich des gesundheitlichen Bedenken sind also klar dritte Priorität.

Prioritäten daher wie folgt : Eigentum (hier Grundeigentum), Natur, die menschliche Gesundheit.

Bis zur Anhörung haben die Bürger keine Antwort auf ihre individuellen Einwendungen erhalten. Die 3-Tages Anhörung der Bürger gibt den Bürgern nicht die Möglichkeit, ihre individuellen Einwendungen und Bedenken individuell zu diskutieren, sondern wird von der PFB in allgemein gültige Aspekte gruppiert wie z. B. Vorteile für die Allgemeinheit, technische Daten und Beschreibung, Natur- und Umweltauswirkungen, Gesundheit, allgemein (inkl. Grenzwerte) usw. Die Bürger erfahren von der PFB während der Anhörung zufällig, dass sie die Antworten des

Antragstellers (erstellt in 14 Monaten) erhalten können, wenn sie einen entsprechenden Antrag einzeln einreichen. Nach unmittelbarem Antrag und Erhalt der TenneT-Antworten von der PFB stellen die Bürger im Januar 2011 vergleichend fest, dass

- a. TenneT die Antworten auf die Bürgereinwendungen bereits im August 2010 (5 Monate vor den Anhörungen) fertiggestellt an die PFB weitergegeben hatte – nicht jedoch an die Bürger.
- b. TenneT für die Antworten auf sehr individuell unterschiedliche Bürgereinwendungen MS-Wort-Satzbausteine verwendete. Individueller Argumente wurden also mit absolut gleichen Antworten versehen und i.d.R. unzureichend beantwortet.

Das Verfassen allgemein gehaltener Proforma-Antworten mit Hilfe von Textbausteinen ist für jedes halbwegs gut organisierte Unternehmen, zumal in der dargestellten, langen Zeit, kein Problem. Im Vergleich zu den rechtlich formulierten individuellen Bürgereinwendungen sind die Antworten des Antragsteller TenneT von beklagenswerter Qualität – für die PFB offenbar aber ausreichen d.

Die Erstellung sogenannter Antworten des Antragstellers TenneT auf einzelne Bürgereinwände und -bedenken, letztere in juristisch fachgerechter Form (bis Juli 2009) und die Genehmigung der Antworten durch die PFB erwecken den Anschein als bestünde der Zweck der Antworten nicht darin, den Bürgern Antworten zu geben, sondern um alibimäßig Aktenschränke der PFB zu füllen. Denn: Wie geschildert werden die Bürger nicht über die Antworten informiert, es sei denn sie finden zufällig heraus, dass sie diese ausdrücklich beantragen müssen. Auch über die Notwendigkeit, einen Antrag zu stellen, um Antworten auf ihre individuellen Einwendungen zu erhalten werden die Bürger nicht regelrecht informiert (außer per Zufall in den Anhörungen), da das Verwaltungsverfahrensgesetz diese Bürgerinformation nicht vorsieht.

Die Bürgeranhörungen liefern weder durch den Antragsteller TenneT noch durch die PFB weitere Informationen auf die Bürgereinwendungen, zusätzlich zu den erwähnten MS-Word-Satzbausteinen. Sie sind somit lediglich eine Plattform, um die Punkte vieler Bürgereinwendungen öffentlich zu thematisieren ohne jedoch individuelle zu Antworten geben. **So viel zu den ersten Erfahrungen von Bürgern aus Quickborn und anderen Gemeinden zu Thema „Bürgerbeteiligung“ – ein Wort, das maßgeblich und absichtlich von Politikern, vor allem der Partei Bündnis90/Die Grünen als Tarnung oder Täuschung verwenden wird (siehe auch unten).**

- September 2011

Wie verbal gefordert und in das Protokoll der Januar-Anhörungen aufgenommen, haben wir einen offiziellen Antrag bei der PFB eingereicht (mit Kopie an den seinerzeitigen Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein Ministerpräsident und Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Quickborn). Inhalt des Antrags waren von uns entwickelte weiter entfernt verlaufende Trassenvarianten und Antragsziel war, die PFB zu einer Anordnung, diese zu untersuchen, gegenüber TenneT bringen. Dieser Antrag wurde bis heute nicht durch die PFB beantwortet. Die zur Vermeidung von Gesundheitsrisiken zwingend erforderliche Überprüfung der alternativen Freileitungsrouten wurde durch die PFB nicht angewiesen und nicht vorgenommen. Es wird argumentiert, dass durch das Gesetz ausschließlich die kostengünstigste Alternative zu wählen ist. Dies ist im Wesentlichen als ein gutes Ziel gesehen, aber völlig untauglich, wenn die gesundheitlichen Risiken, nicht berücksichtigt werden und wirklich große Geldbeträge anscheinend an anderer Stelle der Energiewende verschwendet werden, z. B. für bundesweit überdimensionierte Übertragungsnetze, Subventionen für Energieriesen, Hersteller von Öko- Strom etc. **So viel zu der zweiten Erfahrung in Bezug auf "Bürgerbeteiligung".**

- Januar 2011 bis Mai 2012

Keine Entwicklung von Seiten der PFB oder des Wirtschaftsministeriums von Schleswig-Holstein (oberste Dienstaufsicht). Von uns wird der Runde Tisch Quickborn gefordert, mit Teilnahme von Vertretern des Wirtschaftsministeriums, TenneT, der Stadt Quickborn und anderen Beteiligten. Nach anfänglichem Zögern der Beteiligten tagt der Runde Tisch Quickborn mehrfach. Allgemein wird erwartet, dass der damalige amtierende Wirtschaftsminister, Herr de Jager (CDU), der zu diesem Zeitpunkt verantwortlich ist, sich vor der Landtagswahl Schleswig-Holstein (Mai 2012) nicht zum

Projekt Hamburg/Nord-Dollern entscheiden, einschließlich der Freileitung bei Quickborn, entscheiden will, um nicht den damals möglich erscheinenden Wahlsieg seiner Partei zu gefährden.

- Mai 2012 - Die Parlamentswahlen für das Parlament des Bundeslandes Schleswig-Holstein Die CDU/FDP-Koalition wird von einer Koalition aus SPD und Bündnis90/Die Grünen (Grüne) in der Regierung abgelöst. Der neu gewählte Minister des ehemaligen Umweltministeriums ist Herr R. Habeck, der vor den Wahlen Landesvorsitzender der Grünen gewesen war.

Erste Aktion von Herrn Habeck ist die Umbenennung des Umweltministerium in Melur (Ministerium für Energiewende , Landwirtschaft,, Umwelt, Ländliche Räume. Betont, auch im neuen Namen des Ministeriums, wird das Thema Energiewende, das auch zu einem wesentlichen Thema der Grünen-Kampagne zu sehen ist für die Bundestagswahlen im September 2013 wird und mit dem der Öffentlichkeit und den Wählern in Schleswig-Holstein und in Deutschland vermittelt werden soll, dass die Grüne Partei als Kompetenzträger für die Energiewende , vorrangig vor allen anderen Parteien, zu sehen ist.

Zweite Aktion des neuen Melur-Ministers: Die PFB und damit das Hamburg/Nord-Dollern-Projekt einschließlich der Freileitung bei Quickborn wird von Wirtschaftsministerium in das neue MELUR überführt.

- Mai 2013 - Schleswig-Holstein Kommunalwahlen
Siehe vorheriger Mail-Bericht – Gewinne für die Grünen in ganz Schleswig-Holstein, Verluste in Quickborn.

- Mai 2012 bis April 2013

Quickborn: Runder Tisch mit den obigen Teilnehmerntagt mehrmals mit Vertretern aus dem Melur-Ministerium. Alternative Freileitungsstrecken und Erdkel werden vorgeschlagen und eingehend erörtert . Melur verpflichtet sich, in Bezug auf alternative Routen der Freileitung in Bezug auf mehrere Punkte zu handeln, missachtet Erdkabel trotz des Gutachtens eines anerkannten wissenschaftlichen Experten völlig. Die Melur-Aktionen in Bezug auf die alternative Freileitungstrassen werden mit mangelnder Entschlossenheit, ohne politischen Gestaltungswillen und ohne somit ohne Erfolg durchgeführt. Der offizielle Antrag zur Überprüfung und Planung der alternativen, weiter entfernt verlaufenden Freileitungsvarianten wird durch die Melur-Vertreter ignoriert.

- Oktober 2012 - Ein persönlicher Referent von Herrn Habeck erklärt am Runden Tisch Quickborn, dass "der Minister langsam die Geduld mit Quickborn verliert " .

- Dezember 2012

- Elterndemonstration am 05.12.2012 vor Treffen des Runden Tisches Quickborn. Melur-Staatssekretärin, Frau Ingrid Nestle, versucht, die Eltern zu beruhigen, indem sie behauptet, dass die elektromagnetische Strahlung der kapazitätserhöhten Freileitung auch in der Nähe der Schulen und der Wohnhäusern innerhalb Grenzwerte gehalten werden kann. Nur ein TV-Beitrag führt zu:

- Nach ca. 8 Wochen Zögern in Bezug auf ein Treffen mit dem Melur-Minister, Herrn Habeck, treffen wir den Minister am 12.12.2012 zusammen mit tief besorgten Elternvertreter des Schulzentrum Süd. Der folgende Hinweis wird Herrn Habeck vorgelegt. Es handelt sich um seine vor seiner Wahl und Amtstritt gemachten Aussagen:

Hamburg/Nord - Dollern - Gesundheitsgefährdender Netzausbau bei Quickborn

Vor Ihrer Wahl:

1. Wir haben Ihnen aufmerksam zugehört im Hotel Cap Polonio in Pinneberg m Mai letzten Jahres.
Zitate aus Ihrem Interview mit der Pinneberger Zeitung vom 17.05.2011:

a. Sie sagten damals, dass "Sie sich noch genau erinnern, nach dem Unglück von Tschernobyl, Angst gehabt zu haben, keine 20 Jahre alt zu werden.

Unabhängig von Grenzwerten haben heute Menschen in Quickborn Angst vor elektromagnetischer Strahlung und Ihrem "schnellen" Planfeststellungsbeschluss".

b. Sie sagten in bezug auf die Planungshoheit:

Wir, die Grünen, wollen die Bürger verbindlich am Anfang beteiligen, nicht erst, wenn alles feststeht und geklagt wird.

Beteiligung der Bürger außerhalb des Planfeststellungsverfahrens hat es nicht gegeben; innerhalb des Planfeststellungsverfahrens waren die gesetzlich vorgesehenen Einwendungen die einzige Art von Bürgerbeteiligung. Diese wurden unzureichend beantwortet, offiziell zu Protokoll gegebene Anträge wurden nicht beantwortet bzw. nicht bearbeitet.

Beteiligen Sie die Bürger jetzt indem Sie auf deren berechnete Forderungen z. B. nach realisierbaren Varianten und den Schutz ihrer Gesundheit eingehen, wenn Sie -wie die Bürger- reibungslosem Netzausbau an dieser Stelle wirklich interessiert sind. Sonst bleibt nur der von Ihnen im Interview zitiert Klageweg und Zeitverzögerung.

c. Sie sagten, dass Sie Bürgerrechte stärken werden - Die Bürger haben die Grundrechte auf ihrer Seite. Die Antragsteller -und Sie, wenn Sie diese unterstützen- bauen auf Gesetze, die den Grundrechten gegenüber nachgelagert sind.

Machen Sie Ihre Ankündigung von vor der Wahl wahr - stärken Sie am konkreten Beispiel des Netzausbaus bei Quickborn die Grundrechte der Menschen - Möglichkeiten und Varianten hierzu sind in ausreichender Zahl vorhanden.

Jetzt: Wir hören, dass Sie "Ungeduld" in Bezug auf den Leitungsausbau bei Quickborn äußern. Nicht die Umsetzung des schnellen Netzausbaus durch die Grünen ist von Ihren Wählern gewollt, sondern die Vorsorge für die körperliche Unversehrtheit Ihrer Mitmenschen und die Stärkung Ihrer Grundrechte an erster Stelle und der Netzausbau danach als Priorität 2.

Wir leben seit 60 Jahren mit einer gesundheitsgefährdenden Strahlung -Leukämie bei Kindern, um eines der Risiken zu benennen. Der beantragte Ausbau hat einen Bestandschutz von weiteren 80 Jahren bei einer 4,5-fach höheren Strahlung. Sorgen Sie dafür, dass mit Augenmaß und gesundem Menschenverstand unter Nutzung leicht realisierbarer Varianten die Grundrechte der Menschen geschützt werden und so der Netzausbau auch bei Quickborn vernünftig voran gehen kann.

- Dieselben Mitmenschen werden eine Petition bzw. Massenpetition an den Landtag einreichen wegen Ungleichbehandlung von Schülern und Menschen in Quickborn (bestehende Alternativen) und Missachtung ihrer Grundrechte z.B. Gleichbehandlung aller Bürger, körperliche Unversehrtheit, Vorsorge.
- Lassen Sie TenneT klagen gegen Nichterteilung des Planfeststellungsbeschlusses, statt die Bürger und die Stadt.
- Um es abschließend auf den Punkt zu bringen: **Quickborn verdient nicht Ihre Ungeduld, sondern Ihren persönlichen Einsatz für Dinge, die Sie persönlich den Menschen zugesagt haben und der Einhaltung gesetzlichen Vorgaben entspricht. Falls dazu ein wenig mehr Zeit -auch für ein Umdenken- erforderlich ist: Nehmen Sie sich diese Zeit bevor Sie einen Planfeststellungsbeschluss zur beantragten Planung erteilen.**

Nach Vorlage des Hinweises gab es seitens des Ministers eine seltsame, mündliche Reaktion und später eine Weihnachtskarte. Keiner der obigen Appellpunkte wurde weiter verfolgt . Ein weiteres schönes Beispiel für die nicht vorhandene " Bürgerbeteiligung", um die im Appel speziell gebeten wurde.

- April 2013 - ACHTUNG BITTE ! Herr Habeck (Melur) und die PFB entscheiden über Hamburg/Nord-Dollern einschließlich der Freileitung bei Quickborn, der Planfeststellungsbeschluss wird erteilt. - Positiv für den Antragsteller, das Übertragungsunternehmen TenneT, negativ für Schulkinder und Bürger, direkte Anwohner in Quickborn und andersorts entlang der Freileitung (Hamburg/Nord-Dollern).

Mai 2013 - Die Stadt Quickborn und zwei direkt durch Überspannung ihrer Häuser betroffene Anwohner reichen gegen den Planfeststellungsbeschluss Klage beim Bundesverwaltungsgericht ein. Ein Urteil wird für das erste Halbjahr 2014 erwartet. Eine aufschiebende Wirkung der Klage bis zum Urteil wird nicht gewährt. TenneT könnte also mit dem Bau beginnen (in Moorege bereits begonnen), wartet aber offensichtlich noch ab.

- Mai 2012 bis September 2013

Bir zur Bundestagswahl im September behaupten die Grünen in vielen Veranstaltungen, die Energiewende-Expertenpartei zu sein. Als besonders gutes Beispiel wird auf Schleswig-Holstein verwiesen, wo die Energiewende bei Herrn Habeck „in besten Händen“ sei.

In Schleswig-Holstein haben Herr Habeck und seine Partei mittlerweile eine neue Form der "Bürgerbeteiligung" ersonnen: Bürger können sich finanziell an den Einnahmen aus den Freileitungen beteiligen! Während eine 85 %-Beteiligung beim Netzbetreiber TenneT (und da TenneT ebenfalls unterfinanziert ist auch Finanzinstituten und Hedgefonds) bleibt und hierauf ein Zinssatz auf das eingesetzte Kapital von 8% gezahlt werden soll, kann jeder Bürger Aktien zu je 1,000 € kaufen, allerdings insgesamt nicht mehr als 15 % der gesamten jeweiligen Freileitungsanteile. Bürgeranteile werden mit einem Zinssatz von 5% verzinst, also deutlich höher als für Geld auf Banksparkonten gezahlt wird. "Bürgerbeteiligung" oder Ausverkauf von Bürgereinwänden?

Beide Zinssätze, die für industrielle Investoren und die finanzielle Beteiligung der Bürger , liegen weit über dem gegenwärtigen Zinsniveau von Banksparkonten, aber diese Zinsen

- a. geben den Bürgern kein angemessenes Stimmrecht an der Freileitung in Anbetracht der nur 15% Gesamtbeteiligung,
- b. Bürger, die sich den Kauf der Anteile leisten können werden zweimal belohnt – 1. Durch höhere Zinsen und durch teilweise Kompensation ihrer sich erhöhenden Stromrechnungen (siehe c.)
- c. Diese hohen Zinsen für industrielle Anleger und Bürger erhöhen die Kosten der Energiewende, des Netzausbaus und die Gesamtkosten müssen von allen Verbrauchern gezahlt werden (mit Ausnahme vieler industrieller Energieverbraucher).
- d. die Bürger, die nicht in der Lage, Freileitungsanteile zu kaufen werden auf unsoziale Weise benachteiligt, denn sie zahlen auch die Zinsen von Anleger und reichen Bürgern mit ihrer Stromrechnung.
- e. Diese Art von Beteiligung kann nicht die versprochene und erforderliche "Bürgerbeteiligung" ersetzen, die notwendig ist, um Gesundheitsrisiken zu reduzieren. "Bürgerbeteiligung" ist etwas ganz anderes, als diese von Grünen Energiewendeexperten erdachte Finanzbeteiligung, die letztlich nur dem unterfinanzierten Netzbetreiber TenneT helfen kann.

- April 2013

Bundesregierung und Bundestag, von der SPD und Grünen in der Opposition unterstützt, beschließen das "Bundesbedarfsplangesetz" für Netzausbau (Ausbau der Übertragungsstromleitungen) trotz der Information des Parlaments durch Wissenschaftler, dass im Gesetz vorgesehene Netzausbau bei weitem überdimensioniert, so dass die Energiewende unnötig teuer wird und die Zustimmung der Bürger aus Kostengründen und durch Nichtberücksichtigung berechtigter Bürgerinteressen, z.B. das Recht auf Gesundheit, gefährdet wird. Das Argument, dass der Netzausbau überdimensioniert ist beruht auf Tatsachen z. B.

- Ein berechneter Übertragungsbedarf wurde nicht nachgewiesen, der auch für das Klima erforderliche Emissionsreduktionen, Energiesparpotentiale usw. berücksichtigt.

- Anstatt auf einem berechneten Bedarf zu basieren, erklärt das "Bundesbedarfsplangesetz" praktisch alle vorhersehbaren Freileitungsprojekte und Ausbauwünsche der 4 Energieriesen und ihrer jeweiligen Netzbetreiber zu Bedarf, um weiter uneingeschränkt Energieexportgeschäfte zu ermöglichen.

- Der Netzausbau nach „Bundesbedarfsplangesetz“ geht davon aus , dass alle derzeit in Atom-und Kohlekraftwerken , in bestehenden und künftigen Off-und Onshore-Windparks erzeugte und Strom aus Solarkraftwerken und -erzeugungsanlagen sowie aus zukünftigen, modernens und emissionsarmen Gaskraftwerken gleichzeitig in das Netz eingespeist und übertragen werden können müssen. Die Wissenschaftler schließen daraus, dass diese "Gleichzeitig"-Annahme im Gesetz vorgenommen wurde, um Entschädigungszahlungen an die vier Energieriesen, die alle jene Kraftwerke betreiben, zu verhindern. Die Energieunternehmen werden außerdem benötigt, um in

neue emissionsarme Kraftwerke zu investieren. Energie aus emissionsarmen Kraftwerken würde Vorrang vor der Energie aus konservativen Kraftwerken der vier Energieriesen haben. Die Energie aus konventionellen Kraftwerken würde nur noch in Perioden ohne Sonnenschein und Wind benötigt.

Sind diese und weitere Wissenschaftlerargumente richtig, wird in Deutschland derzeit scheinbar eine überteuerte, zweifelhafte Energiewende verfolgt, die die berechtigten Interessen der Bürger z.B. auf Gesundheit nicht wirklich berücksichtigt. Es liegt nahe, dass die politischen Parteien und einzelne Politiker umso schneller viele ihrer heutigen Argumente und Ihr Denken ändern müssen, wenn immer mehr Bürger / Wähler ihre die Zweifelhaftigkeit der Argumentation entdecken.